

## Schaumburger werden weniger und älter

**Die Schaumburger werden weniger und im Durchschnitt älter: Bis zum Jahr 2025 wird die Bevölkerungszahl im Landkreis von derzeit 167 000 auf dann noch knapp 150 000 sinken – das entspricht einem Minus von elf Prozent. Das Durchschnittsalter wird dabei um fünf Jahre ansteigen. Dieses sind zentrale Ergebnisse einer Demografie-Studie des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW).**

Kreis Schaumburg. Der Einwohnerrückgang wird sich nach den Daten der NIW-Studie in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich stark entwickeln. Besonders krass wird es demnach Obernkirchen, Eilsen, Stadthagen und das Auetal treffen. Eine positive Tendenz gibt es lediglich für die Samtgemeinde Nenndorf, was mit der Nähe zu Hannover und der Attraktivität für Senioren zu tun hat (siehe Grafik). Gleichzeitig wird das Durchschnittsalter deutlich höher: es steigt von heute 44,1 auf 49,2 Jahre in 2025. Der Anteil der Menschen älter als 60 Jahre wird dann drastisch größer sein, der Anteil der unter 40-Jährigen dagegen deutlich kleiner. Das liegt laut NIW-Studie an der zu erwartenden gleichbleibend geringen Geburtenquote sowie dem Trend zur Abwanderung vor allem gut ausgebildeter junger Menschen. Die wenigen Zuzüge werden vor allem aus älteren Menschen bestehen, für die dieser Landkreis bekanntlich eine recht hohe Attraktivität bietet. Wie NIW-Direktor Hans-Ulrich Jung bei der Vorstellung der Studie im Ausschuss für Kreisentwicklung des Kreistags betonte, handelt es sich um sehr verlässliche Daten. „Das mag um ein, zwei Prozent abweichen, aber die große Linie steht unstrittig fest.“ Es gehe dabei „nicht darum, die demografische Entwicklung als Katastrophe darzustellen“, hob Jung hervor. Es sei aber zwingend erforderlich, „die Lage jetzt nüchtern zu erkennen, ernst zu nehmen und rechtzeitig darauf zu reagieren“. Dann seien die Herausforderungen (siehe Kasten) lösbar und böten sogar Chancen. Wichtig sei es, die Menschen „frühzeitig und offensiv“ über die Entwicklung zu informieren und sie in die Entscheidungsfindung über notwendige Anpassungen etwa der Infrastruktur einzubeziehen, forderte Jung Landkreis und Kommunen auf. Die rund 400 Seiten starke Endfassung der Studie mit dem Titel „Gestaltung der Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ steht kurz vor der Fertigstellung. Sie soll noch vor Jahresende zur Verfügung stehen. ssr

## Grundversorgung anpassen

Die demografische Entwicklung werde Auswirkungen auf viele Lebensbereiche haben, machte Wissenschaftler Hans-Ulrich Jung klar. Das fange bei sinkenden Steuereinnahmen für die Kommunen an. Angepasst werden müsse vor allem die Struktur der Grundversorgung wie etwa Kindertagesstätten, Schulen, Ärzte, Bank- und Poststellen sowie Lebensmittler. Dabei habe das relativ kleine Schaumburg im Unterschied zu flächengroßen Landkreisen mit nur einem Mittelzentrum und viel Grün herum „vergleichbar günstige Bedingungen“. Jung: „Durch die wie an einer Perlschnur aufgereihten Mittelzentren wohnen die Menschen hier recht kompakt.“ Das heiße: Selbst wenn die Zahl von Einrichtungen der Grundversorgung reduziert werden müsse, bestehe die Chance, die Entfernungen der Bürger zu diesen überall nicht zu groß werden zu lassen. Freilich: Um eine gewisse Zentralisierung dieser Einrichtungen werde man nicht herumkommen. ssr

## Auftraggeber

### demografie-studie

Die Erstellung der Studie sei von der CDU/FDP-Landesregierung politisch lanciert und solle lediglich dazu dienen, eine Kreisreform vorzubereiten, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Eckhard Ilsemann, im Ausschuss für Kreisentwicklung. Er stellte eine verlässliche Aussagekraft der Studie infrage. Dem widersprach NIW-Direktor Hans-Ulrich Jung. Sein Institut habe von der „Regionalen Entwicklungskooperation Weserbergland“, in dem die Kreise Schaumburg, Hameln-Pyrmont, Holzminden und Nienburg zusammenarbeiten, den Auftrag erhalten. Die Veränderung irgendwelcher Grenzen sei überhaupt nicht das Thema der Studie, sondern höchstens Empfehlung, bei der Anpassung an die demografische Entwicklung projektbezogen kreisübergreifend zu kooperieren. In den Reihen der CDU-Fraktion stieß die Bemerkung Ilsemanns auf Empörung. Auch SPD-Abgeordnete grenzten sich ab und betonten, die Ergebnisse der Studie seien sehr ernst zu nehmen. ssr